Ressort: Finanzen

Bericht: Zyprische Banken nicht besonders stark vernetzt

Nikosia/Berlin, 17.02.2013, 02:00 Uhr

GDN - Die zyprischen Banken sind laut eines Zeitungsberichtes weitaus weniger mit dem internationalen Finanzsystem vernetzt als gemeinhin angenommen. Nach Recherchen der "Welt am Sonntag" haben die Banken des Inselstaats nur Anleihen in einem Volumen von 1,7 Milliarden Euro begeben.

Das geht aus Unterlagen der zyprischen Notenbank hervor. Eine Pleite der teilweise angeschlagenen zyprischen Banken würde daher vor allem deren Privat- und Firmenkunden treffen, die gut 70 Milliarden Euro auf Zypern deponiert haben. Diese Gläubiger sollten deshalb nach Ansicht von Experten an der Rettung der Institute beteiligt werden, ehe der Steuerzahler einspringt. Nach Informationen der Zeitung ist nur rund die Hälfte der Bankguthaben durch die staatliche Einlagensicherung abgedeckt. Der Rest stünde für eine Gläubigerbeteiligung grundsätzlich zur Verfügung. Seit Monaten ringen die Euro-Staaten um ein Rettungspaket für Zypern. Den Banken auf der Mittelmeerinsel fehlen bis zu zehn Milliarden Euro an Eigenkapital. Das Anleihevolumen ist eine relevante Größte, weil Banken-Bonds häufig von anderen Kreditinstituten oder weiteren Finanzkonzernen wie Versicherungen oder Pensionsfonds gehalten werden. Seit der Finanzkrise hatte die Politik Bankenpleiten vor allem deshalb vermieden, weil sie eine Ansteckung anderer Finanzunternehmen scheute. Im Falle Zyperns fordern nun aber Fachleute eine Beteiligung der privaten Gläubiger. "Zypern sollte eigentlich das tun, was die Iren vermutlich wünschen, getan zu haben", erklärt der Finanzwissenschaftler Jacob Kirkegaard vom Washingtoner Peterson Institut. Durch eine Beteiligung der Bankengläubiger sollten die Kosten für die Steuerzahler reduziert werden. Experten sprechen von einem "Bail-in", bei dem - vereinfacht gesagt - Forderungen der Gläubiger in Eigenmittel für die Banken umgewandelt werden. Allerdings kann die Politik nicht nach Gutdünken über die Kundeneinlagen verfügen. Bis zu 100.000 Euro pro Kunde sind durch das nationale Einlagensicherungssystem gedeckt, für das die Regierung in Nikosia geradestehen muss. Allerdings trifft dies nur für etwa die Hälfte der Bankguthaben zu. Vor einem Jahr belief sich die mögliche Verpflichtung der Regierung durch die Einlagensicherung auf 35,3 Milliarden Euro, wie aus Dokumenten des zyprischen Finanzministeriums hervorgeht, die der "Welt am Sonntag" vorliegen. Entsprechend waren Ende 2011 etwa 34 Milliarden Euro an Einlagen nicht garantiert, weil sie die Schwelle von 100.000 Euro überschritten. Sollte sich dieses Verhältnis nicht dramatisch verschoben haben, stünde ein erheblicher Teil der Bankguthaben grundsätzlich für ein "Bail-in" zur Verfügung. Die zyprische Regierung wehrt sich bislang gegen eine Beteiligung der privaten Gläubiger. Bislang fürchten Bankkunden offenbar tatsächlich nicht, für eine Sanierung der zyprischen Geldhäuser herangezogen zu werden. Ihre Einlagen auf der Insel sind im Laufe des Jahres 2012 nach Zahlen der zyprischen Notenbank sogar noch einmal um mehr als 800 Millionen Euro gestiegen. Das neu hinzugekommene Geld stammt laut Statistik von Anlegern außerhalb der Euro-Zone. Zypern ist traditionell vor allem bei russischen Geschäftsleuten als Offshore-Standort beliebt.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-7813/bericht-zyprische-banken-nicht-besonders-stark-vernetzt.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com